

Die Wahl zum Bundestag 2021: Was erklärt die Niederlage der Linkspartei? Überlegungen zu Horst Kahrs Wahlbericht

Horst Kahrs hat wie viele Wahlen zuvor auch diesmal die Bundestagswahl in nur einer Nacht aufbereitet und wesentliche Ergebnisse und Hintergründe hervorragend präsentiert:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/45055/die-wahl-zum-20-deutschen-bundestag?cHash=560b035a2f5786b2f219f670d976b751>

Und diesmal nicht nur in sachlich distanzierter Weise, sondern wie man dem Report anmerkt mit erheblicher Emotion und Betroffenheit. Ihm gebühren dafür unser Dank und unser Respekt.

Im folgenden soll es anhand der Zahlen und Ausführungen um den Versuch einer Vertiefung seiner Analyse gehen. Beginnen werde in dieser Hinsicht mit der Frage: wie ist das Wahlergebnis ganz allgemein zu interpretieren? Welcher Megatrend kommt in ihm zum Ausdruck? Auf Seite 18 seines Reports dokumentiert Kahrs ein Umfrageergebnis der Gruppe Infratest Dimap, wo der Wunsch der WählerInnen verschiedener Parteien nach einer grundlegenden Veränderung in Deutschland erfragt wurde. Das Diagramm zeigt, dass die WählerInnen der beiden größten Parteien und auch der FDP *keinen* grundlegenden Wandel wollen, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung: bei der CDU sind es 86 %, bei der FDP 69 % und bei der SPD 65 %. Dagegen wünschen sich die WählerInnen von Grünen, AfD und Linken (in aufsteigender Reihenfolge) einen solchen Wandel (mit zwischen 60 % und 80 %).

Ist das Wahlergebnis also als Wahl für politische Konstanz und gegen eine sozialökologische Transformation zu interpretieren? Ich glaube, mehrere Punkte sprechen dagegen. Immerhin hat die Partei, deren WählerInnen am wenigsten einen grundlegenden Wandel wollen, die meisten Stimmen verloren (die CDU). Und auch die AfD, deren AnhängerInnen einen Wandel wollen, aber gerade keinen sozialökologischen, verlor relativ kräftig. Gegen die Interpretation spricht auch, dass die Grünen, die programmatisch für einen grundlegenden Wandel stehen, hohe Punktgewinne erzielen konnten. Die These von Lindner (FDP), die Wahl habe die Parteien der Mitte gestärkt, weil die Bevölkerung keinen grundlegenden Wandel wolle, oder vieler anderen Kommentaren, dass die Wähler zwar die Gefahr des Klimawandels sehen, aber keine Einschnitte in ihre Lebensführung wollen, ist also zu vordergründig. Eher gilt das Umgekehrte: einer breiten Mehrheit der Bevölkerung war und ist es klar, dass die Wahl zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo tiefgreifende Veränderungen notwendig sind, und diese Einsicht war maßgebend für die gesamte Dynamik des Auf- und Abstiegs der prognostizierten Wählerstimmen für die Grünen. Eine tiefgreifende Veränderung der Mehrheitsverhältnisse wurde also als notwendig akzeptiert und antizipiert. Genau diese realistische Antizipation führte aber dazu, dass die konkrete Wahlentscheidung konservativer ausfiel, als es die eigentliche Grundstimmung ist. Die „Mitte“ ist also nicht gestärkt, weil die WählerInnen die Mitte wollten, sondern weil sie eine noch deutlichere Veränderung antizipierten.

Wenn das so richtig ist, dann ist das Wahlergebnis der Linkspartei umso erschütternder. Trotz einer als notwendig erachteten tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung wurde die Partei, deren Programmatik genau eine tiefgreifende Veränderung ist, von den WählerInnen abgestraft. Horst Kahrs hat in seiner Analyse einige Gründe dafür angeführt und im folgenden sollen zwei davon etwas näher beleuchtet werden. Der erste ist das Ende des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan. Die Linkspartei stand in Dilemma, dass sie diesen

immer gefordert hatte, aber genau diese Tatsache in der konkreten Situation in einen Zustand kompletter Hilflosigkeit mündete. So richtig die Einschätzung war, dass der Bundeswehreinsatz, so wie begonnen und durchgeführt wurde, nur scheitern konnte, so hilflos war das politische Beharren darauf. Hilflos, weil genau zu dem Zeitpunkt, wo die Vorhersage sich bewahrheitete, es zwangsläufig zu einer massiven Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung in Afghanistan kommen musste. Denn die Rückkehr der Taliban bedeutete ja, dass die Frauen wieder geknechtet, das Recht auf Gewerkschaftsbildung und Parteigründung wieder aufgehoben, die Pressefreiheit wieder eingeschränkt, und Ermordungen politischer Gegner wieder möglich sein würden. Und alles dies widerspricht fundamental dem, was linke Grundprinzipien ausmachen. Die Freude des Rechthabens war damit politisch faktisch die begrüßende Akzeptanz eines Zustandes, den man eigentlich nur als faschistisch bezeichnen konnte. Während anderen Parteien es immerhin noch möglich war, aus dem Scheitern des Bundeswehreinsatzes die Konsequenz zu entwickeln, eine Erhöhung der Militärausgaben zu fordern und die SoldatInnen, die den Abzug organisierten, als HeldInnen zu feiern, blieb der Linkspartei eigentlich gar nichts, als ein objektiv schäbiges Recht gehabt zu haben. Jedenfalls insoweit sie sich als rein parlamentarische Partei definierte, die sich dementsprechend der Abstimmung über den Abtransport der Deutschen und vorherigen einheimischen MitarbeiterInnen der Bundeswehr enthielt. Bis heute war es der Linkspartei nicht möglich, diesen Kokon der Fixierung auf eine staatliche Entscheidung zu sprengen. Als Partei, die sich politisch auch außerhalb rein parlamentarischer Strukturen bewegt und die in Fragen von Freiheit und Befreiung vorangeht, hätte sie auch propagieren können (und sollen): zwischen der Freiheit und der Bevölkerung stehen mit dem Abzug der Besatzungstruppen nur noch die faschistischen Horden der Taliban. Wir als Linkspartei unterstützen jede Bildung von Volksfront gegen den drohenden Faschismus in Afghanistan und unterstützen angesichts dieser Gefahr alle Versuche, den Taliban entgegenzutreten. Das jedenfalls hätte vermutlich Rosa Luxemburg getan, auf die sich die Linkspartei beruft. Die Linkspartei hat dagegen Millionen von afghanischen Einwohnern kommentarlos ihrem Schicksal überlassen. Wozu auf den Veränderungswille der Linkspartei zu setzen, wenn die Verteidigung fundamentaler Rechte eher von der Zeitung „Welt“ oder von Fox News übernommen wird? Auf welchen Veränderungswille einer Partei ist zu bauen, wenn so auf das tragische Schicksal einer ganzen Bevölkerung reagiert wird?

Der zweite Punkt, auf den Horst Kahrs in seiner Analyse verweist, bezieht sich auf seine Tabellen auf S. 17 und auf S. 18. Diese Tabellen zeigen erstaunliches. Nach den Grünen mit 80 % geben 68 % der WählerInnen der Linkspartei an, diese aus *ökologischen* Gründen zu wählen. Darin unterscheidet sich die Linkspartei zusammen mit den Grünen von allen anderen Parteien und auch eindeutig von der SPD, deren Wähler die Behandlung ökologischer Fragen von ihr nicht primär erwarten. Eine zweite Tabelle macht deutlich, dass die Orientierung an der Linkspartei fast gleichhäufig aus ökologischen (32 %) wie aus sozialen Gründen (39 %) erfolgt. Auch weitere Tabellen zur sozialen Zusammensetzung der WählerInnen der Linkspartei sind bemerkenswert. Es sind eben nicht die FacharbeiterInnen, die diese wählen, sondern eher die Arbeitslosen und die Personen mit Hochschulabschluss. Dieses sollten man sich vor Augen führen, wenn die Linkspartei wenige Wochen vor der Wahl ein Sofortprogramm veröffentlicht, wo die zentrale Frage des Wahlkampfes (und auch die wichtigste oder zumindest zweitwichtigste ihrer WählerInnen), die drohende Erderwärmung, erst in der zweiten Hälfte und nur kurz genannt wird, und zwar eingereiht in Überschriften, wo das Ziel eine hundertprozentige deutsche Einheit zu erreichen, ihr noch vorangestellt ist. Und nicht nur das: wesentliche Fragen, wie z.B. die Digitalisierung und die europäische Integration kommen gar nicht vor. Dagegen findet sich die Forderung nach einem sofortigen

kostenlosen Nahverkehr, die jedenfalls kurzfristig völlig unrealistisch und vermutlich mittelfristig auch faktisch falsch ist – ohne damit in irgendeiner Weise in Frage zu stellen, dass der Ausbau und die Veränderung des öffentlichen Nahverkehrs eine zentrale Rolle für die Mobilität der Zukunft spielen muss.

Was für ein Schlag ins Gesicht der AktivistInnen von Fridays for Future, die teilweise in der Linkspartei eine Verbündete vermuteten. Ganz zu schweigen für die AktivistInnen von Ende Gelände, der Klimaaktionsgruppen und der AutobahnausbaugesegnerInnen, die in Camps und mit ihrem eigenen Leib gegen die Zerstörung weiterer Flächen von Natur vorgehen. Aber nicht nur für diese, sondern auch gegen die GewerkschaftlerInnen und linken AktivistInnen, die sich für migrantische ArbeiterInnen engagieren, welche in Logistikbetrieben, in den Fleischfabriken oder auf den Baustellen geknechtet werden. Die den bundesrepublikanischen Reichtum durch Niedriglöhne und massive Überstunden gewährleisten. Denn kein Wort zu dem Problem der europäischen Binnenmigration, kein Wort zu dem massiven Armuts- und Reichtumsgefälle in Europa, und das in einer Partei, die Internationalismus einen genuinen Bestandteil ihres Denkbauwerks nennt. Denn eines ist klar, ohne eine europaweite sozialstaatliche Absicherung wird die so positive Binnenmigration eine einseitige bleiben, die von den osteuropäischen und zukünftig wohl auch südeuropäischen Armutsregionen in den Nordwesten führt und dort auf der Höhe des Mindestlohns den Reichtum einer Mehrheit der nordeuropäischen Bevölkerung sichert. Denn der Mindestlohn ist immer noch viel höher als die Durchschnittslöhne in den Emigrationsländern. Und Europa hätte auch schon allein deshalb Thema sein müssen, weil der gut ausgebildete Teil des Gesamtarbeiters, die LinksparteiwählerInnen mit Hochschulabschluss, sich nicht mehr in Deutschland, sondern wenn dann in den Metropolen Europas zu Hause fühlt. Nur zwei zentrale Themen im Sofortprogramm verfehlt? Nein, leider mindestens drei. Ob bei Logistikunternehmen wie Amazon, bei Lieferservice Unternehmen oder im Krankenhaus – *Digitalisierung* beginnt die Arbeitswelt massiv zu verändern. Controlling Abteilungen sammeln immer mehr Daten über Erledigungen, Handlungen, ja selbst physikalische Bewegungen von ArbeiterInnen und Angestellten, um ihnen diese als Rechnung zu präsentieren für eine wachsende unmenschliche Taylorisierung der Arbeitswelt. Die Kontrolle durch Digitalisierung ist die Zuchtpeitsche des Kapitalismus im 21. Jhd., weniger die Lohnhöhe. Sie verwandelt alle zum Opfer, nicht nur bei Amazon, sondern z.B. auch in Krankenhäusern, wo nicht nur die Pflege und TherapeutInnen, sondern ebenso die ÄrztInnen, selbst die ChefärztInnen ihr inzwischen unterworfen sind. Es ist ja gar nicht so sehr die private oder öffentliche Trägerschaft, die das Arbeiten in Krankenhäusern, Reha-Kliniken oder ambulanten Pflegediensten den MitarbeiterInnen das Leben zu Hölle machen, auch wenn die Trägerschaft sicherlich eine zusätzliche Rolle spielt. Es ist die Kombination von DRG-artigem Abrechnungssystem, Zeiterfassung und Controlling, die den Beschäftigten die Kontrolle über sinnvolles Handeln raubt und es zu sinnloser Tätigkeit degradiert, die IT technischen Vorgaben folgt. Aber Digitalisierung ist eben auch die Perspektive von Common und freier Individualisierung, allesamt Punkte, die im Sofortprogramm der Linkspartei keine Rolle spielten. Faktisch versprüht das Sofortprogramm der Linkspartei den „Charme“ der Aufstehen-Kampagne von Sahra Wagenknecht, als Kombination sozialer Wohlfahrtsversprechen von oben, nationaler Interessensvertretung und müde-gähnender Forderung, das Geld doch den Superreichen wegzunehmen. Und da die Presseauftritte der SpitzenkandidatInnen keinerlei andere Themen behandelten (incl. des fatalen Fehlers, Afghanistan vor der Folie der Forderung nach einem Austritt aus der NATO zu diskutieren) war das Fiasko der Wahlniederlage absehbar. Ein Fiasko, das umso schwerwiegender ist, als die Einsicht und der Wunsch nach Veränderung selten weniger deutlich ausgeprägt waren als bei dieser Wahl 2021. Zu befürchten ist inzwischen, dass führende Köpfe der Linkspartei den Grund für die Wahlniederlage noch

immer nicht verstanden haben und stattdessen die Charnelosigkeit der gescheiterten Aufstehen-Kampagne noch intensiver verfolgen wollen.

Bleibe die Frage, wie denn das Sofortprogramm der Linkspartei hätte aussehen müssen, um die historische Chance zu nutzen (mal abgesehen von dem fatalen Fehler in der Afghanistanfrage, der ja bereits angeschnitten wurde). Horst Kahrs skizziert aus meiner Sicht sehr gut, was in einem Sofortprogramm gedanklich zusammengeführt werden muss: die langfristigen Werte und Orientierungen, aus denen sich die langfristigen Ziele ergeben und die kurzfristigen Forderungen und Schritten, die beide exemplifizieren. Und es muss nicht nur den erleidenden, exploitierten Teilen, sondern auch den „bauenden“ und „entwickelnden“ Teilen des Gesamtarbeiters einen Ausdruck ermöglichen, d.h. den Teilen, die durch ihre lebendige Arbeit die zukünftigen Formen der gesellschaftlichen Reproduktion zur Wirklichkeit verhelfen (siehe die Seite 8 seines Berichts). Es hätte also beginnen müssen mit: „Als politische Partei der Linken verfolgen wir historisch vier Ziele: Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation. Freiheit und Gleichheit bildeten die Kernpunkte in der Vergangenheit, als sich die arbeitende Bevölkerung erhob, die Frauen um die Rechte kämpften, es der einzige Sozialdemokrat im deutschen Parlament war, der gegen die Finanzierung des Völkermordes an den Herero stimmte. Heute sind Fragen der Freiheit und Gleichheit immer noch hoch aktuell, sie treten aber etwas hinter Fürsorge und Kooperation zurück, zumindest dort, wo wie in Deutschland demokratische Strukturen gesichert sind und offene Diskriminierung wegen des Geschlechts und der ethnischen Herkunft zurückgedrängt wurden. Fürsorge und Kooperation sind damit weiter nach vorne gerückt und stehen deshalb in unserem Programm an vorderster Stelle.

Fürsorge für die Natur stellt aktuell die Hauptfrage dar, die eine Beantwortung finden muss. Dazu gehört zuallererst als konkrete Maßnahme ein Verfassungsrang für Naturschutz- und Naturrechtsfragen. Dazu gehört als Sofortmaßnahme der nächsten Bundesregierung eine Wiederaufforstung um mindestens 5 zusätzliche Prozent der Bodenfläche Deutschland als CO₂ Speicher, aber auch als Beschäftigungsmöglichkeit für u.a. unqualifizierte Flüchtlinge, die in den nächsten Jahren zu Hunderttausenden nach Deutschland drängen werden, um den Folgen der Klimaveränderung zu entkommen. Als Linke gilt unsere Fürsorge auch gerade diesen Menschen. Dazu gehört als Sofortmaßnahme ein Ende der Massentierhaltung, nicht nur wegen der unmenschlichen Arbeitsbedingungen, nicht nur wegen der hohen CO₂ Werte für diese Fleischproduktion, sondern auch, weil unsere Fürsorge auch nichtmenschliche Tiere umfasst. Und natürlich gehört zu unserem Prinzip der Fürsorge ganz allgemein die Beschränkung des CO₂ Ausstoßes, denn ohne diese wird es keine vernünftige Zukunft für die jüngeren Mitglieder unserer Gesellschaft geben. Und Beschränkung des CO₂ Ausstoßes heißt nun mal Stopp der Kohleverstromung, Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen und intelligente Verzahnung von öffentlichem Nah- und Individualverkehr, bei klarer Ausbaupriorität für ersteren.

Fürsorge für die Kranken, Pflegebedürftigen und Arbeitslosen sind weitere Prinzipien unserer Orientierung. Die Pflege von Kranken, Behinderten und alten Menschen ist keine Ware, die per privatem Angebot geregelt werden kann. Fürsorge heißt hier, die Wiederherstellung öffentlicher Trägerschaften und mit den Krankenhäusern muss in dieser Hinsicht sofort begonnen werden. Gleichzeitig muss die Ökonomisierung der Tätigkeiten der Fürsorge ein Ende finden: d.h. die verschiedenen beteiligten Berufsgruppen müssen transparente Systeme entwickeln, von denen z.B. das DRGs System möglichst schnell abgelöst. Ein entsprechendes Expertengremium werden wir in den ersten 100 Tagen einer Regierungsbeteiligung auf den Weg bringen. Und Fürsorge gilt natürlich auch den Arbeitslosen dieser Gesellschaft: das

System der Totalkontrolle und Schikane der Hartz-IV-Empfänger gehört abgeschafft. Dass das problemlos möglich ist, zeigt das letzte Jahr unter Corona Bedingungen.

Kooperation ist die menschliche Verhaltensweise, für die Freiheit und Gleichheit die Voraussetzung sind. Ohne Kooperation wird Freiheit und Gleichheit zu neoliberaler Konkurrenz, jeder gegen jeden, Zusammenarbeit nur, wenn man nicht gewinnen kann. Diese letztere Sichtweise hat uns drei verlorene Jahrzehnte gebracht, mit Finanzkrise, Immobilienkrise und marktförmiger Veränderung des Gesundheitswesens, öffentlichen Nahverkehrs usw. Erst Freiheit und Gleichheit ermöglicht Kooperation, aber ohne das Ziel der Kooperation sind Freiheit und Gleichheit nur einseitige Vorlagen für Reiche oder aus anderen Gründen Bevorteilte. Die Stärke und Fruchtbarkeit freier Kooperation wird heute schon sichtbar, obwohl wir den Kapitalismus noch nicht überwunden haben: In den Open source Programmierungen, in Wikipedia, in der kollektiven Intelligenz, die sich in den Algorithmen der Suchmaschinen abbildet, heute aber noch privat angeeignet wird. Wir fordern Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Open Source ProgrammiererInnen und den Aufbau von öffentlichen Suchmaschinen jenseits von Google. Wir wollen Open Source gerade im Gesundheitswesen und unser erster Schritt wird sein, dass wir die Patente auf die Corona Impfstoffe aufheben werden, um die Impfstoffe weltweit zu bezahlbaren Preisen allen Menschen zur Verfügung zu stellen. Mit Open source sind aber auch zwangsläufig Eigentumsrechte verknüpft und wir stellen Privateigentum von öffentlichen Gütern nicht nur im Gesundheitswesen in Frage. Die Förderung und Entwicklung von Genossenschaften, die sich um die Energieversorgung und Wohnraumbeschaffung kümmern, steht im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit. Eigentumsfragen und Kooperation verzahnen sich hier: nur eine *kooperative* Gestaltung der Verwaltung und Entwicklung von Wohnraum und Energie kann die privatwirtschaftliche wirklich ersetzen. Und wir wollen die Kooperation unserer technischen Intelligenz, um in Arbeitskreisen Modelle zu entwickeln, wie der Nahverkehr optimiert werden kann, wie Individualverkehr in ihn eingebunden werden kann. Und damit nicht genug: wie eine dezentrale Energieversorgung mit einer entsprechenden Netzwerkgestaltung denkbar ist, die keine großen Energiekraftwerke mehr braucht, sondern das kooperative Anliegen aller ist. Dies sind große Anliegen, die nur die Gesamtgruppe der technischen und mathematischen Intelligenz lösen können – eben auf der Grundlage von dauerhafter Kooperation und nicht der von Freiheit und Gleichheit der Konkurrenz, um den Verbrauchern ihre Versorgung maximal in Rechnung zu stellen und damit die Ungleichheit in der Gesellschaft nur noch zu vertiefen.“ Diese Sätze können nicht mehr als den Geist und einige wesentlichen Inhalte zum Ausdruck bringen, wie das Sofortprogramm der Linkspartei hätte aussehen können und müssen. Die konkreten Maßnahmen zur Erweiterung von Freiheit und Gleichheit (und damit von Umverteilung in und zwischen den Klassen) sind z.B. noch nicht aufgeführt – es geht hier ja nicht um einen Nachweis der Vollständigkeit, sondern um die Frage des richtigen Prinzips und seiner Anwendung. Und auch an den sprachlichen Formulierungen wäre noch zu feilen gewesen. Der fundamentale Irrtum der Linkspartei, was das Sofortprogramm betrifft, sollte aber deutlich geworden sein. Das Denken der Einheit von Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation als Grundprinzipien der Orientierung ist es, das dem neoliberalen aber auch dem rechten konservativ nationalistischem Block entgegengesetzt und den Menschen als Angebot für eine gemeinsame gesellschaftliche Entwicklung gemacht werden muss. Und in dieser Einheit werden im 21. Jhd Kooperations und Fürsorge sehr weit oben stehen, Kooperation noch weiter als Fürsorge, weil nur diese den anderen Elementen die gemeinsame Richtung des Wofür weist. Horst Kahrs Wahlbericht ruft dazu auf, die zukünftige Ausrichtung der Linkspartei zu überdenken. Ich habe es in den obenstehenden Zeilen mal probiert.